

[Transcript] Echo der Zeit / Krankenkassenprämien steigen 2024 um 8.7 Prozent

Radio SRF, Echo der Zeit mit Christina Scheidecker.

Unser erstes Thema an diesem 26. September, die steigenden Krankenkassenprämien.

Wir hören uns an, wie Gesundheitsminister Berse den Anstieg von fast 9% im Durchschnitt begründet

und was das heißt für die Prämienverbelegungen.

Dann geht es um die neuen Spannungen zwischen Serbien und Kosovo.

Wir fragen nach den Hintergründen und nach möglichen Lösungen für eine Annäherung der beiden Länder.

Es geht um die Situation in Sudan nach fünf Monaten Krieg.

Das Gesundheitssystem war vorher schon extrem schwach aufgestellt im Sudan und durch den Konflikt ist natürlich noch viel schlimmer geworden.

Wir haben mit einer Nothilfe Koordinatorin von Ärzte ohne Grenzen in Port Sudan gesprochen.

Und es geht um ein ehrgeiziges Projekt für eine Solaranlage im Valandro in Graubünden und um die Grundsatzfragen zu Realisierbarkeit und Kosten-Nutzen-Verhältnis, die sich auch dort stellen.

Ein letztes Mal vor seinem Rückzug aus dem Bundesrat hat heute Bundespräsident und Gesundheitsminister

Alain Berse die Erhöhung der Krankenkassenprämien fürs nächste Jahr bekannt gegeben.

Und er hatte eine Hiops-Botschaft zu verkünden.

Die Krankenkassenprämien steigen im nächsten Jahr durchschnittlich um 8,7%.

Das ist zwar kein Rekordanstieg, aber doch der Höchste in der Era Berse.

Aus dem Bundeshaus, Oliver Washington.

Es gibt zwischen den Kantonen große Unterschiede.

Im Kanton Tessin steigen die Prämien im Durchschnitt um Rekordhohe 10,5%

und in den Kantonen Baselstadt und Appenzell innerroden um Rekordtiefe 6,5%.

Das alles ergebe eine durchschnittliche Erhöhung der Krankenkassenprämien um 8,7% betonte Bundespräsident Alain Berse vor den Medien.

Das betrifft eine große Erhöhung von 8,7%.

Seit 2010 sind die Prämien nie mehr so stark gestiegen.

Der Grund ist banal.

Die Prämien müssen die Gesundheitskosten decken und weil die Kosten nochmals stark angestiegen seien, nehmen auch die Prämien entsprechend zu.

Berse illustrierte dies mit einigen Beispielen.

Es gibt 11% der Erhöhung der Erhöhung der Krankenkassen.

Eine Zunahme um 11% bei den Spitalaufenthalten

plus 8,7% bei Physiotherapien

plus 6,8% bei den verschriebenen Medikamenten und so weiter.

Weshalb Alain Berse weiter betonte?

Das Wachstum der Kosten zu bremsen

hat für den Bundesrat weiter in höchster Priorität.

Es geht sicher weiter.

Es braucht wirklich eine Situation,

wo alle Akteuren wirklich miteinander arbeiten.

[Transcript] Echo der Zeit / Krankenkassenprämien steigen 2024 um 8.7 Prozent

Wir müssen wirklich diese Fähigkeit,
Reformen durchzuführen bewahren.
Berse appellierte den Auchsensparlament
bei weiteren kostensenkenden Maßnahmen vorwärtszumachen.
Am Donnerstag diskutierte der Nationalrat
ein weiteres Maßnahmenpaket,
da geht es zum Beispiel,
um die Förderung von medizinischen Netzwerken.
Die Parteien reagierten alle auf die neuen Krankenkassenprämien.
Die Reaktionen geben ein gutes Bild
über die Zerstrittenheit bei gesundheitspolitischen Vorlagen ab.
Die SVP und die FDP geben Berse die Schuld
für diese Prämien-Explosion.
RHS während zwölf Jahren verpasst vorwärtszumachen.
Die SP kritisiert die Bürgerlichen.
Sie hätten diverse Maßnahmen ausgebremst
und fordert weitere Prämienverbelegungen.
Und die Grünen wollen einkommensabhängige Prämien.
Die Bundespolitik ist das eine.
Daneben richtete sich Berse,
vor allem auch an die Ärztinnen und Ärzte.
Sie haben sich in den letzten Jahren
wenig kompromissbereit gezeigt
betreffend Kostendämpfungsmassnahmen.
Hier baute es wirklich eine Kurzkorrektur.
Es baute konkrete Vorschläge
für Kostendämpfende Massnahmen.
Angesprochen ist also Ivan Gili,
die Präsidentin des Ärztedachverbandes FMH.
Sie sagte zur Kritik von Berse,
sie hätten vieles ausgebremst.
Wir unterstützen viele kostendämpfenden Massnahmen,
aber sie müssen überprüft werden
auf ihre Praxis, Tauglichkeit.
Sonst leidet letztendlich die Bevölkerung
und die Gesundheitsversorgung in der Qualität.
Hier prüfen wir sorgfältig
und sind natürlich nicht immer gleicher Meinung
wie die politischen Entscheidungsträger.
Die Ärzte werden sich oftmals vehement gegen Berses Ideen.
Zum Beispiel gegen seine Idee,
Kostenziele zu formulieren.
Das würde zu einer Rationierung von Gesundheitsleistungen führen.
Die Krankenkassen rufen derweil nach Sofortmaßnahmen.

[Transcript] Echo der Zeit / Krankenkassenprämien steigen 2024 um 8.7 Prozent

Der Bundesrat müsse die Tarife für Medikamente und Laborleistungen stärker senken, sagt Verena Nold, Direktorin des Krankenkassenverbandes Sontesvis. Zusätzlich braucht es aber auch deutlich mehr Prämienverbildung. Wir sehen, dass die Prämien immer schwieriger bezahlbar sind für viele Leute oder vor allem für den Mittelstand mit Kindern. Da müssen mehr Steuergeld und das Gesundheitswesen verlassen. Das können die Leute, die Prämien nicht mehr bezahlen. Das ist eine Aufforderung, vor allem auch an die Kantone, hier substantiell mehr zu machen. Und das ist auch ganz im Sinne von Bundespräsident Alain Berset. Mehr Steuergeld in die Gesundheitsversorgung, mehr Prämienverbildung, das also die Aufforderung, wir schauen uns das gleich genauer an. Auch die Tatsache, dass die finanzielle Entlastung bei den Krankenkassenprämien je nach Kanton sehr unterschiedlich aussieht. Das nach den Nachrichten mit Patrick Walter erfasst jetzt zuerst die wichtigsten Entscheidungen aus dem Parlament zusammen. Nach dem Nationalrat hat nun auch der Ständerat zugestimmt, dass die Armee 25 stillgelegte Leopard 2-Panzer außer Dienst stellen kann. Nun könnte die deutsche Herstellerfirma Rheinmetall diese zurück kaufen. Über diesen Verkauf muss noch der Bundesrat entscheiden. In Deutschland könnten die Panzer aus der Schweiz eine Lücke füllen. Dies ist entstanden, nachdem Deutschland eigene Panzer an die Ukraine weitergegeben hat. Das Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien steht. National und Ständerat haben sich auf seinen sogenannten Mantlerlass geeinigt. Das Gesetz soll den Weg ebnen für eine höhere Stromproduktion mit Solar, Wind- und Wasserkraftanlagen im Inland. Mit dem Ziel, einen Strommangel im Winter möglichst zu verhindern. Menschen mit Behinderung sollen im hohen Alter möglichst lange zu Hause und selbst bestimmt leben können statt in einem Heim. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat eine entsprechende Motion angenommen.

[Transcript] Echo der Zeit / Krankenkassenprämien steigen 2024 um 8.7 Prozent

Neu soll die AHV betroffenen im AHV-Alter mehr Hilfsmittel für die Mobilität und Eigenständigkeit finanzieren in einem ähnlichen Ausmaß, wie das die AHV vor der Pensionierung macht. In Gemeinden mit vielen Zweitwohnungen sollen die Regeln für den Wohnungsbau gelockert werden. Konkret geht es um Gebäude, die vor dem Jahr zur Zweitwohnungsinitiative gebaut wurden. In diesen sollen künftig neue Wohnungen entstehen dürfen, auch wenn dabei die Fläche vergrößert wird.

Das will der Nationalrat.

Die Vorlage geht nun weiter in den Ständerat.

Damit ins Ausland die diplomatische Annäherung zwischen Israel und Saudi-Arabien geht weiter.

Mit dem Tourismusminister ist erstmals ein amtierendes Mitglied der israelischen Regierung zu einem offiziellen Besuch in der Saudi-Arabischen Hauptstadt Riyadh eingetroffen.

Der Minister nimmt dort an einer Unokonferenz teil.

Gleichzeitig hat heute ein offizieller saudischer Vertreter das Westjordanland besucht.

Und zwar Saudi-Arabiens neu eingesetzte Botschafter für die palästinensischen Gebiete.

Das berichtet die palästinensische Nachrichtenagentur Wafa.

Es sei das erste Mal seit Jahrzehnten, dass ein offizieller saudischer Vertreter die palästinensischen Gebiete besucht.

Das ukrainische Militär hat gestern den Tod des Chefs der russischen Schwarzmeerflotte vermeldet.

Nun will Russland das Gegenteil beweisen.

Das russische Verteidigungsministerium hat Bilder und Videos veröffentlicht, auf denen Viktor Sokolov lebend zu sehen ist.

Ob die Bilder echt sind, ist unklar.

Das ukrainische Militär will die Informationen aus Moskau nun prüfen.

Italien hat mit einem Staatsbegräbnisabschied vom früheren Staatspräsidentin Giorgio Napolitano genommen.

Die ist in einer nicht religiösen Zeremonie im Parlament in Rom wie vom Verstorbenen gewünscht.

Zahlnamensspitzen Politikerinnen und Politiker aus dem In- und Ausland, neben dem amtierenden

italienischen Präsidenten Giotto Mattarella und Ministerpräsidentin Giorgio Meloni, erwies auch Frankreichspräsident Emmanuel Macron, Napolitano die letzte Ehre.

Der mit 98 Jahren verstorbenen Napolitano war der am längsten amtierende Präsident Italiens zwischen 2006 und 2015.

Nun, die Börsendaten von 18.09 geliefert von 6.

Der Swiss Market Index schließt bei 10.954 Punkten minus 0,5%.

Der Dow Jones Index in New York fällt um 0,9%.

Der Euro wird zu 96°69 gehandelt.

Der Dollar zu 91°45.

Und das Wetter?

Morgen scheint meistens die Sonne, Nebelfelder im Mittelland lösen sich im Laufe des Vormittags erneut auf.

Am Nachmittag wird es 20° bis lokal 25° warm.

Die Krankenkassenprämien steigen also auf nächstes Jahr hin stark an und damit nimmt auch die Belastung zu für die Portmoneys der Schweizerinnen und Schweizer.

Das ist vor allem für Finanzschwacherhaushalte ein Problem, die nun umso mehr auf Prämienverbilligungen angewiesen sind. Allerdings, wer wie stark von Verbilligungen profitiert, hängt wesentlich vom Wohnort ab.

Die Systeme, aber auch der Gesamtbetrag, wie viel für die Entlastung bei den Krankenkassenprämien ausgegeben wird, unterscheiden sich von Kanton zu Kanton. Livia-Mittendorf.

Einen happigen Anstieg der Prämien von über 9% müssen z.B. die Genferinnen und Genfer in Kauf nehmen und die Prämienlast ist im Kanton Genf ohnehin schon hoch.

Immerhin, der Kanton Genf ist großzügig bei den Prämienverbilligungen.

Die Prämienverbilligungen werden zum Teil vom Bund finanziert.

Dieser Anteil ist fix und passt sich jeweils den steigenden Prämien an.

Zu einem weiteren Teil finanzieren die Kantone die Prämienverbilligungen.

Wie viel Geld sie zusätzlich noch in die Hand nehmen wollen, das entscheiden sie selber.

Im Kanton Genf beliebt sich der Anteil des Bundes an den gesamten Prämienverbilligungen auf 32%.

Der Kanton steuert aus seiner Kasse 68% der gesamten Prämienverbilligung bei.

Zum Vergleich im Kanton Nidwalden machte der Bundesbeitrag

88% der gesamten Prämienverbilligungen aus.

Aus der Kantonskasse kamen lediglich knapp 12%.

[Transcript] Echo der Zeit / Krankenkassenprämien steigen 2024 um 8.7 Prozent

Der Kanton Genf gibt zusätzlich zum Bundesanteil, also massiv mehr Geld für Prämienverbilligungen aus als der Kanton Nidwalten. Weshalb diese Unterschiede?

Rebecca Ruiz, Vizepräsidentin der Gesundheitsdirektorin Konferenz, betont die Souveränität der Kantone. Es geht ja letztlich um die Anerkennung, dass jeder Kanton eine eigene Budgetpolitik hat und souverän ist. Zudem wäre eine Harmonisierung sehr kompliziert. Insgesamt sind die Kantone knausriger geworden. Der Anteil, den die Kantone an die Prämienverbilligungen gezahlt haben, ist schweizweit gesehen gegenüber dem Bundesanteil gesunken in den letzten Jahren. Heißt, die Kantone haben die steigenden Prämien nicht gleichermaßen über die Prämienverbilligungen ausgeglichen wie der Bund. In der letzten Zeit gab es verschiedene politische Bestrebungen, um die Situation zu ändern. Eine gewisse Verbesserung soll nun der Gegenvorschlag zur Prämienentlastungsinitiative bringen, den das Parlament beschlossen hat. Mit diesem werden die Kantone stärker in die Pflicht genommen. Sie müssen künftig einen bestimmten Betrag für Prämienverbilligungen aufwenden. Doch nicht nur der Betrag für Prämienverbilligungen variiert von Kanton zu Kanton stark, sondern auch das System, wie sie berechnet werden. Kürzlich geriet der Kanton Zürich in Kritik, weil er sein System angepasst hat, künftig profitieren weniger Personen von Prämienverbilligungen. Die einzelnen Empfänger halten dafür einen höheren Betrag. Auf eine andere Strategie setzt etwa der Kanton Graubünden, statt einzelnen Personen mehr zu geben, verteilt er die Verbilligungen breiter, sodass rund 30% der Bevölkerung profitieren. Zudem würden sich in ihrem System die Prämienverbilligungen automatischer Höhen, sagt der Bündner Gesundheitsdirektor Peter Peja. Das System ist so ausgeschaltet, dass wir gar nicht weniger in den Topf einbezahlen können. Das heißt, wenn die Prämien in Graubünden steigen, steigt automatisch auch der Inhalt des Topfes für die Prämienverbilligungen. Dadurch würde auch ein großer Teil des unteren Mittelstands profitieren. Dieser wird derzeit wohl am härtesten getroffen. In vielen Kantonen riskiert er nicht, von den Prämienverbilligungen zu profitieren. Wie stark die Krankenkassenprämien nächstes Jahr in Ihrem Kanton ansteigen, das können Sie bei uns online nachschauen. SRF.ch schrägstrich news und auch auf der SRF News App.

[Transcript] Echo der Zeit / Krankenkassenprämien steigen 2024 um 8.7 Prozent

Das ist das Echo der Zeit auf Radio SRF mit diesen Schauplätzen gleich.
Der Norden Kosovo, wo die Spannungen zwischen Serbien und Kosovo bedrohliche Ausmaße angenommen haben.
Afghanistan, wo die Währung über die letzten Monate massiv stärker geworden ist.
Sudan, wo das Gesundheitssystem nach fünf Monaten Krieg je länger je mehr an den Anschlag kommt.
Und Graubünden, wo ein Großprojekt für eine alpine Solaranlage zu reden gibt.
Bis dort tatsächlich Strom produziert wird, gibt es aber noch einige Hürden zu überwinden.
In den letzten Tagen ist es zwischen Serbien und Kosovo erneut zur Eskalation gekommen.
Serbische Paramilitärs haben kosovarische Polizeikräfte in den letzten Tagen in den letzten Tagen angegriffen.
Fünf Personen kamen dabei ums Leben.
Der kosovarische Ministerpräsident Albin Kurti beschuldigte die serbische Regierung, den Angriff unterstützt zu haben.
Serbiens Präsident Alexander Wucic wies jegliche Verantwortung von sich.
Die Normalisierung der Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo, wie sie die EU anstrebt, scheint derzeit gescheitert.
Florian Biber leidet an der Universität Graz das Zentrum für Südosteuropa Studien.
Ich wollte von ihm wissen, wie er die aktuelle Eskalation einschätzt.
Es ist schon eine dramatische Eskalationsverhältnis zu vorangehenden Konflikten und auch Spannungen, die es in den letzten Monaten immer wieder gegeben hat.
Die Zahl der Todesopfer, aber auch die Gruppe, die von der kosovarischen Polizei gestellt wurde und dann beschossen hat,
ist einfach etwas, was wir bisher noch nicht gesehen haben, also eine organisierte Gruppe, die mit Ausrüstung und auch gepanzerten Fahrzeug unterwegs war.
Das gab es bisher nicht oder zumindest nicht sichtbar und allein schon durch die Zahl der Todesopfer, aber auch die sehr ungeklärten Umstände, muss man sagen, dass das schon eine Eskalation darstellt, die sehr bedrohlich ist, weil in der Vergangenheit gab es Eskalationen, aber die wirkten immer sehr gemanagt und auch sehr inszeniert.
Und in diesem Fall kann man eigentlich davon nicht reden.
Warum geschieht denn das gerade jetzt?
Das ist genau eines der Fragen, die etwas unklar sind, denn es ist eine Situation, wo in der Vergangenheit man oft sagen konnte,

dass eine Eskalation in Würde von Serbischen oder manchmal auch von Kosovarischer Seite gesteuert wurde, um Gespräche zu topedieren, Abkommen zu topodieren oder Ähnliches oder die eigene Position zu verstärken. Aber im Moment macht es eigentlich wenig Sinn, dass die Gespräche unter EU-Vermittlungen schon seit längerem laufen. Es gibt wenig Fortschritte, sodass man hiermit wenig erreichen kann, wenn man das aus der Perspektive Belgaards anschaut. Es ist auch ganz offensichtlich da etwas passiert, was für ein Staat wie den Koso inakzeptabel ist. Deshalb ist es sehr intransparent, was nun eigentlich genau geschehen ist, beziehungsweise wer die Fäden dabei gezogen hat. Das wirft natürlich sehr viele Fragen auf. Wer profitiert davon? Was war eigentlich Beabsicht? Das ist nämlich nicht klar, was jetzt die Absicht dieser Aktion war, dieser Paramilitärs. Es ist auch nicht klar, was das Ausmaß der serbischen Kontrolle war. Serbien in der Vergangenheit unter Präsident Wucic kontrollierte sehr gut, was im Norden des Koso-Wurst-Vorsicht geht, unter den serbischen Gemeinden. Aber die Stille, es hat mehrere Stunden lang keine Reaktion aus Belgrad gegeben. Er weckt den Eindruck, dass möglicherweise Belgrad nicht wusste oder zumindest nicht damit rechnete, was da passiert ist. So dass auch da der Eindruck entsteht, dass da möglicherweise vielleicht auch der serbischen Regierung die Kontrolle entglitten ist, zumindest stellen sich viele Fragen, die aber alle eher zu einer bedrohlichen Antwort, also einer Situation, wo Akteure gewaltbereit agieren in einem Ausmaß, was wir bisher nicht gesehen haben. Wenn wir auf eine politische Ebene wechseln, dann heißt es jetzt, der Westen sei zumindest mitschuldig an der aktuellen Situation. Teilen Sie diese Einschätzung? Ich würde jetzt auch sagen, die westliche Politik, gerade die Europäische Union, ist gescheitert mit ihren Vermittlungen. Und das sah eigentlich für Beobachter schon seit Monaten so aus. Es gab ein sogenanntes Abkommen, was im März unterzeichnet wurde, aber wo schon am Tag darauf der serbische Präsident gesagt, dass es eigentlich nicht so gemeint hätte.

Und die EU hat an diesem Abkommen festgehalten,
als sei es wirklich verbindlich,
aber hat damit eigentlich eher Verwirrungen gesorgt,
anstatt zu sagen, wir brauchen wirklich etwas,
was von beiden Seiten handfest unterschrieben ist.
Und diese Verwirrung hat eigentlich zu einer Eskalation geführt.
Die EU hat auch teilweise sehr einseitig die Probleme
nur auf der kossovarischen Seite gesehen.
Da gab es Fehlverhalten, aber es gab auch auf serbischer Seite
Schritte, die in eine problematische Richtung gingen.
Die wurden nicht so identifiziert.
Das hat eigentlich den Raum gegeben für diese Eskalation.
Und die EU muss sich jetzt fragen, wie geht sie damit um?
Wie bringt sie den Prozess wieder auf eine friedliche Ebene zurück
und auf einen Dialog, der zu einer Normalisierung der Beziehungen führt.
Und das ist jetzt sehr viel schwieriger geworden,
als es noch vor einigen Monaten war.
Aber wie Sie sagen, dass man eher zu nachsichtig war mit Serbien.
Es ging den USA und der EU ja auch darum,
Serbien pfleglich zu behandeln, nicht zu viel Druck zu machen,
um das Land nicht in die Arme Russlands zu treiben.
Diese Strategie ist, die gescheitert?
Diese Strategie war von vornherein zum Scheitern verurteilt,
weil Serbien ist nicht in die Arme Russlands zu treiben.
Serbien pflegt gute Beziehungen zu Russland und der Europäischen Union.
Und das ist ein langgehegtes, strategisches Ziel
der serbischen Politik und der Präsident Woutic.
Er ist eben nicht der verlängerte Arme Moskau,
sondern er möchte in erster Linie seine eigene Macht schützen,
indem er sozusagen sich zu allen auf eine nötige Distanz hält
und mit allen gute Beziehungen pflegt.
Und das wurde, glaube ich, nicht zu reichend erkannt.
Man hat also geglaubt, man könnte Serbien sagen,
in die eigene Partei oder die eigene Richtung locken
durch Anreize und durch pflegeleichte Behandlung.
Aber das hat vernachlässigt,
dass Woutic ja gar nicht sozusagen eine Partei ergreifen will
sondern genau diese Parteilosigkeit, diese Offenheit weiter pflegen will
und an sich nicht dafür bestraft abgestraft wurde,
dass er keine Sanktionen gegenüber Russland verhängt hat
und weiterhin gute Beziehungen nach Moskau unterhält.
Und er hat keine Konsequenzen bisher zu fürchten gehabt.
Wir haben jetzt diese aktuelle Eskalation.
Was bräuchte es denn kurzfristig, um die Situation zu entschärfen?

Ich glaube, es braucht sehr viel stärkere Präsenz von Kavor in der Grenzregion, gerade in diesen Gebieten, wo es eben auch teilweise unkontrollierte Grenzübergänge gibt, wo offensichtlich auch diese Paramilitärs hergekommen sind. Es braucht eine ganz unabhängige Untersuchung, wer diese Personen sind. Es gibt auf kosovarischer Seite Vermutungen, dass eben ein führender Politiker der serbischen Liste, also der von Belgrade unterstützten Partei, dabei gewesen sein soll. All das verlangt nach einer unparteiischen internationalen Untersuchung, die ganz klar Verantwortung herausstreicht und dann entsprechende Konsequenzen zieht. Aber man kann sozusagen gerade nur durch eine starke internationale Präsenz verhindern, dass es zu erneuten Auseinandersetzungen kommt und das bedarf einer auch klaren Linie, auch klaren roten Linien, was ist ein inakzeptables Verhalten Serbiens und wo muss Kosovo aufpassen, auch die Situation nicht weiter eskalieren zu lassen. Und langfristig, ich meine, das ist nicht das erste Mal, dass es zu einer Eskalation kommt zwischen Kosovo und Serbien, auch wenn das jetzt eine neue Qualität hat. Was wären denn mögliche Lösungen um eine langfristige Annäherung, Beruhigung der Situation zu erreichen? Ich glaube, die große Herausforderung ist, dass auf serbischer Seite Präsident Wucic wenig Interesse an einer Normalisierung der Beziehungen hat. Er lebt sehr gut von dem Status quo und von der Krise. Die Frage ist, ob jetzt dieser Entwicklung möglicherweise auch ihm zeigt, dass gewisse Grenzen erreicht sind. Auf kosovarischer Seite, glaube ich, wäre es wichtig, auch zu signalisieren, dass die kosovarische Regierung von Albin Kurti sehr viel mehr auf die Kosovo Serben zugehen muss. Die Kosovo Serben sind enttäuscht von Wucic, sie fühlen sich von ihm eher allein gelassen, er kümmert sich eigentlich wenig um deren tatsächliche Interessen, aber sie werden nicht abgeholt von kosovarischer Seite. Also da gibt es, glaube ich, sehr viel Raum, wo die Regierung Kurti sehr viel mehr die Kosovo Serben einbeziehen könnte und sie nicht verprellen könnte, wie sie es in den letzten Monaten immer wieder getan hat. Und die Europäische Union muss sich überlegen, wie sie diesen Vermittlungsprozess ganz neu aufstellt. Das sagt der Südosteuropa-Experte Florian Bieber. Am Devisenmarkt spielt sich derzeit ungewöhnliches ab. Ausgerechnet die afghanische Währung

[Transcript] Echo der Zeit / Krankenkassenprämien steigen 2024 um 8.7 Prozent

ist derzeit der Top-Performer unter den Währungen weltweit. Der Wert des Afghans hat in den letzten drei Monaten so stark zugenommen wie bei keiner anderen Währung. Wie geht das in einem Land, das nicht einmal ein funktionierendes Finanzsystem hat? Und wer profitiert davon? Sydasien-Korrespondentin Marin Peters. Die Taliban kennt man vor allem als Krieger. Als Finanzexperten sind sie bisher nicht aufgefallen. Umso erstaunlicher, dass die neuen Herrscher Afghanistans neuerdings auch die dynamischste Währung der Welt kontrollieren. Allein im letzten Quartal hat der Afghani, im Vergleich zum US-Dollar, um 9% zugelegt, meldet die Nachrichtenagentur Bloomberg. Im Vergleich zu anderen Währungen wie der pakistanischen Rupie, ist der Kursanstieg sogar noch deutlich höher. Der Kursverlust nach der Machtübernahme vor gut zwei Jahren ist damit wettgemacht. Die Frage ist nur, warum? Afghanistan ist bitter arm, das Finanzsystem wegen der internationalen Sanktionen außer Betrieb, die Handelsbilanz negativ, das Land importiert also mehr, als es exportiert. Weil die Arbeitslosigkeit hoch ist, sind zwei Drittel der Haushalte, gemäß Weltbank, nicht in der Lage, genügend Essen und andere lebensnotwendige Güter zu kaufen. Die humanitäre Lage zählt inzwischen zu den schlechtesten weltweit. Und fast jede Woche kommt ein mit US-Dollar beladenes Flugzeug in der Hauptstadt Kabul an. Hilfgelder der UNO, um die Armen des Landes vor dem Verhungern zu bewahren. Diese Hilfgelder dürften ein Grund für die erstarkende Währung sein, aber auch der Dollar-Schmuggel aus Pakistan. Ein Teil der Fremdwährung wird auf lokalen Geldmärkten in Afghanistan umgetauscht. Das schafft Nachfrage für die Lokalwährung. Als weiteren Grund für die erstarkende Währung nennen Expertinnen und Experten den leicht zunehmenden Export und die Schutzmaßnahmen der Taliban. Sie haben unter anderem angeordnet, dass im Land selbst nicht mehr mit Dollar oder pakistanischer Rupie bezahlt werden darf und gleichzeitig die Ausfuhr von Dollar stark beschränkt. Das zwingt Dollarbesitzer, das Geld in Afghanistan zu tauschen, wenn sie es nutzen wollen. Der Kurs des Afghans sei entscheidend für das Überleben der Afghaninnen und Afghanen, schreibt Graham Smith von der Denkfabrik International Crisis Group. Die meisten Nahrungsmittel würden importiert und in US-Dollar gehandelt.

[Transcript] Echo der Zeit / Krankenkassenprämien steigen 2024 um 8.7 Prozent

Wenn der Afghani im Verhältnis zum Dollar mehr wert sei, dann könne sich das Land für das gleiche Geld also mehr Weizen leisten und die Leute vielleicht mehr als nur das tägliche Brot in der Bäckerei. Von daher ist der Aufschwung des Afghani auch gut für die Bevölkerung des krisengeplagten Landes.

Allerdings könnte es mit dem Höhenflug der Währung schon bald wieder vorbei sein.

Die UNO hat angekündigt, künftig ein Drittel weniger Hilfsgelder zu schicken.

Es ist eine Reaktion auf die Unterdrückung der Frauen und andere Menschenrechtsverletzungen durch die Regierung.

Die Taliban haben Mädchen und Frauen aus Schulen, Universitäten und Parksverband und verbieten ihnen weitgehend zu arbeiten,

was große Spender nicht länger akzeptieren wollen.

Auch die wachsende Terrorgefahr durch rivalisierende Gruppen schreckt Investoren ab.

Sollte der Eindruck entstehen, dass die Taliban die Stabilität im Land nicht mehr garantieren können,

wäre das Gift auch für die Währung.

Seit gut fünf Monaten herrscht in Sudan Krieg.

Verfeindete Fraktionen innerhalb der Militärregierung kämpfen um die Vorherrschaft im ostafrikanischen Staat.

Die Zivilbevölkerung gerät zwischen die Fronten.

Laut UNO-Angaben wurden bereits mehr als 5000 Personen getötet, mehr als 7 Millionen sind vor den Kämpfen geflüchtet.

Die Internationale Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen ist in Sudan in verschiedenen Regionen präsent und versucht, die Not der Betroffenen zu lindern.

Nothilfe-Koordinatorin Frau Keossig ist derzeit in Port Sudan am Roten Meer.

Meine Kollegin Anna Trexel hat sie darum gebeten, die aktuelle Situation im Land zu schildern.

Für die Bevölkerung ist das Ausmaß der Gewalt so unbeschreibbar und inakzeptabel.

Willkürliche Granateneinschläge, Treffen Wohnhäuser, reisen ganze Familien auseinander.

Wir haben jede Menge Zivilisten, Kinder, Frauen, die im Krankenhaus eingeliefert werden mit Schussrunden, mit Granatsplitter, Verletzungen, Arbeit.

Das Gesundheitssystem bricht eben auch zusammen.

Das Gesundheitssystem war vorher schon extrem schwach aufgestellt im Sudan und durch den Konflikt ist natürlich noch viel schlimmer geworden.

Es gibt kaum Medikamente.

Die Weltgesundheitsorganisation schätzt, dass 80% der Krankenhäuser nicht mehr funktionsfähig sind.

Das heißt, die Bevölkerung hat auch gar keine Stellen mehr, wo sie hingehen können, um nicht konfliktbedingte Krankheiten behandeln zu lassen.

Wie können Sie von Ärzten ohne Grenzen unter diesen extrem schwierigen Umständen überhaupt ihre Arbeit nachgehen?

Naja, wir tun was wir tun können.

Wir unterstützen die wenigen Krankenhäuser, die noch funktionsfähig sind oder helfen Krankenhäusern eben funktionsfähig zu bleiben.

Darüber hinaus können wir mit mobilen Kliniken die Bevölkerung erreichen, die intern vertrieben ist und die eben in Gegenden sich nun auffällt, wo es keine gute Gesundheitsversorgung mehr gibt.

Wir arbeiten viel im Bereich der Wasserversorgung und der Sanitätsversorgung.

Wir arbeiten zusammen mit den Kollegen, die Doppel- und Nachtschichten machen, um die Bevölkerung nach wie vor medizinisch zu versorgen.

Woran mangelt es denn Ihrer Meinung nach am meisten?

Welche Art von Hilfe ist am dringendsten und am nötigsten derzeit?

Von der medizinischen Seite her ist das ganz klar die Versorgung mit Medikamenten.

Insbesondere sehen wir Engtaste in der Versorgung von Medikamenten für chronische Krankheiten.

Da geht es um Diabetes, da geht es um Insulin, da geht es um Bluthochdruck, da geht es um Dialysepatienten, die ihre Behandlungen nicht fortsetzen können.

Es gibt nicht genügend Hilfe.

Das heißt, die humanitäre Gemeinschaft, wie auch wir müssen sehen,

dass wir eigentlich mehr machen müssen, das ist aber natürlich auch deutlich eingeschränkt durch die Barrieren, die es für uns zu überwinden gibt.

Sei es Einreise-Genehmigungen, Import-Genehmigungen, komplizierte Prozesse, Genehmigungen, um von einem Ort zum anderen zu kommen.

Sind Sie sicher, also können Sie Ihre Arbeit ausüben, ohne selber bedroht zu werden von den Kämpfern?

Naja, die Kämpfe finden wir in der Stadt,

auf Marktplätzen in Wohngebieten, in direkter Umgebung des Krankenhauses.

Eines der Krankenhäuser, was wir unterstützen in Omdurman, im Kartumbundestad, ist Anfang Juli geschlossen worden, weil ein Mitarbeiter des Krankenhauses an einer Schussrunde gestorben ist, auf dem Krankenhausgrundstück.

Es gibt immer wieder Querschläge, die im Krankenhauskomponent einschlagen oder in der Nähe. Es gibt Granateneinschläge in der Umgebung des Krankenhauses.

Bisher ist es unseren Mitarbeitern möglich, das Krankenhaus zu erreichen.

Aber ja, die Mitarbeiter sind natürlich sehr beeinträchtigt,

in ihrer Freiheit sich zu bewegen und nehmen jeden Tag eigentlich

Gefahren in Kauf, alleine dadurch, dass sie das Krankenhaus erreichen müssen.

Ist denn auch denkbar, dass Sie Ihren Einsatz in Sudan aus Sicherheitsgründen beenden müssen und Personal, internationales Personal abziehen?

Er hat so eine Grenze, den Moment keine Pläne, unsere Aktivitäten zu reduzieren oder einzustellen

oder Mitarbeiter abzuziehen. Im Gegenteil,

wir würden gerne mehr internationale Mitarbeiter ins Land bringen,

um unsere Aktivitäten auszuweiten,

weil die Notwendigkeit einfach da ist, mehr Hilfe zu leisten.

Sie scheldern ein Land im Krieg, es sind furchtbare Zustände.
Seit April wird gekämpft und die Aussichten auf eine Einigung
zwischen den Parteien, die sind höchst ungewiss.
Wie gehen denn die Menschen in Sudan mit dieser Situation um?
Naja, für die Menschen ist es eine Situation,
wo sie darauf warten oder hoffen, dass sich was verändert
und dass die Kämpfe eingestellt werden.
Wir sehen im Moment leider Gottes keine Anzeichen dafür,
dass es besser wird mit der humanitären Lage
und der Gesundheitslage.
Es sind für uns die Aussichten eher dunkel
und wir sehen keine schnelle Besserung.
Es ist unfassbar positiv zu sehen für uns,
wie motiviert das Personal in Krankenhäusern
und im Gesundheitssektor ist,
die jede Minute und alle möglichen Mittel nutzen,
um medizinische Hilfe anbieten zu können
und Stunden über Stunden und Schicht nach der anderen Schicht
im Krankenhaus zu verbringen, um Hilfe zu leisten.
Das ist sehr beeindruckend,
aber es ist natürlich auch sehr schwierig für die Mitarbeiter.
Frau Keossig, Nothilfe-Kordinatorin von Ärzte
ohne Grenzen derzeit in Port Sudan.
Die Frage stellte Anna Trecksel.
Es ist eines der größten Projekte seiner Art.
Das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich, das ewz,
plant in Graubünden, im Walnandro,
oberhalb von Savonin, eine große Solaranlage.
Sie soll im Rahmen des sogenannten Solarexpresses
realisiert werden.
Das Parlament hat diese Förderung von Hochalpinen,
Photovoltaik, Großanlagen vor einem Jahr beschlossen.
Rund 25.000 Haushalte soll die Anlage im Walnandro
mit Strom beliefern.
Die Hälfte der Produktion soll im Winter anfallen.
Dann, wenn es andernorts an Solarstrom mangelt.
Bis zur Realisierung muss das Projekt allerdings noch
zahlreiche politische und wirtschaftliche Hürden nehmen.
Heute hat das ewz in Graubünden über den neuesten Stand informiert.
Valentina DeVos.
93.000 Solarmodule auf stelzenartigen Trägern.
Dazwischen grasende Kühe.
So stellt sich das ewz die Großanlage vor im Walnandro
in der Gemeinde Suasés.

Das Projekt wurde verkleinert,
um die Chancen für eine Realisierung zu erhöhen.
Laut ewz Projektleiter Daniel Börgler
soll nur derjenige Teil realisiert werden,
der über ein bestehendes Wasserkraftwerk in der Nähe
einfach ans Netz angeschlossen werden kann.
Das ist sicher ein großer Vorteil von Andro Solar,
dass wir bestehende Infrastrukturanlagen
vom Kleinwasserkraftwerk Nandro nutzen können,
um die Energie vom Berg auch ins Tal abführen zu können.
Die gleichzeitige Nutzung der 90-Fußballfelder
großen Fläche für die Stromproduktion
und die Alpwirtschaft ist ein Novum.
Die Alpgenossenschaft, der das Land gehört,
knüpft ihr ja zum Projekt an ausreichende finanzielle
Entschädigungen und die Möglichkeit,
das Land weiter bewirtschaften zu können.
Daniel Börgler vom ewz äußert sich dazu zurückhaltend.
Es ist Neuland für alle Beteiligte.
Entsprechend schwer fällt es auch, Aussagen zu tätigen,
wie das Gebiet dann effektiv aufgenutzt werden kann von den Tieren.
Das sind wir in engem Austausch mit Spezialisten,
um diese Frage beantworten zu können
und die Unterkonstruktion auch immer so weiterentwickeln können,
dass dies möglich sein kann.
Die Höhe der Entschädigung für die Gemeinde Sorses
wird noch verhandelt.
Für Gemeindepräsident Leo Thoman ist Nandro Solar
für die Gemeinde jetzt schon ein Gewinn.
Die Gemeinde wird einerseits sicher durch Beiträge profitieren,
andererseits aber auch durch Investitionen,
sei das in der Leitung, die ausgebaut wird
und auch im Ausbau der Straße für die Zufahrt für den Bau.
Gut 100 Millionen Franken soll der Bau der Anlage kosten.
Für Projektleiter Daniel Börgler ist klar,
ohne Bundesmillionen wäre der Solarexpress
im Val Nandro kaum finanzierbar.
Ohne Unterstützung des Bundes wird sich diese Anlage
definitiv nicht richten.
Wir gehen auch so nicht davon aus,
dass diese Anlage einen grossen Gewinn abwerfen wird.
Nichtsdestotrotz sind wir überzeugt,
dass es diese Anlagen braucht
und entsprechend sind wir auch bereit, da zu investieren.

[Transcript] Echo der Zeit / Krankenkassenprämien steigen 2024 um 8.7 Prozent

Der Bund übernimmt 60% der ungedeckten Investitionskosten,
falls Ende 2025 10% der Großanlage im Betrieb sind.
Ob das EWZ dieses Ziel miteinander solar erreichen kann, ist offen.
Falls nicht, soll die Politik die Frist für die Subventionierung verlängern.
Wir sind überzeugt, dass es eine Nachfolgelösung
auf politischer Ebene brauchen wird,
wenn die Solaranlagen im Hochalpenraum
einen Beitrag an die Versorgungssicherheit in der Schweiz leisten sollen.
Schon im Dezember soll die Gemeinde Sorses über das Projekt befinden.
Der Spartenstich ist im Frühling 2025 geplant.
Selbst wenn Einsparungen ausbleiben,
wegen Lieferengpässen bei den Solarmodulen,
könnte Nandro Solar auch kurz vor dem Ziel noch scheitern.
Valentina Defos mit den Details zum Solarprojekt
im Val Nandro, oberhalb von Savonin.
25.000 Haushalte soll die Anlage der Anst mit Strom beliefern,
das tönt nach viel, ist es das tatsächlich.
Welche Bedeutung hat diese Anlage in Graubünden?
Das habe ich Wirtschaftsredaktor Matthias Heim gefragt.
Diese alpine Solaranlage gehört stand heute
immer noch zu den größeren Projekten, die in Planung sind.
Nicht nur für den Kanton Graubünden,
sondern auch im Vergleich zu den Projekten in den anderen Kantonen.
Da sind die allermeisten Projekte nur etwa halb so groß
oder sogar noch kleiner, wobei selbst diese dann immer noch gewaltige aussehen.
Eines der größten Projekte,
warum ist gerade dieser Standort in Graubünden so attraktiv
für so eine Anlage?
Also wie so viele Projekte im Kanton Graubünden
ist auch dieses Vorhaben in einem Gebiet geplant,
wo es zum Teil schon eine Infrastruktur hat.
Es hat Bergbahnen in der Nähe,
es hat aber beispielsweise auch Straßen in der Nähe
und das ist ganz entscheidend,
um dann die Materialien dorthin bringen zu können
oder in die Nähe bringen zu können.
Das sind ja dann Zehntausende von Solarmodulen,
auch Tausende Tonnen von Stahl, die da transportiert werden müssen
und da ist es natürlich praktisch, wenn es Straßen hat,
auch wenn man jetzt in diesem Fall
auch noch eine Transportseilbahn dann planen will.
Der Weg hin zur funktionierenden Solaranlage,
der ist noch weit,
wir haben es auch im Beitrag gehört, da gibt es einige Hürden.

Wie steht es um die Realisierbarkeit dieses Projekts?

Ja, das ist die große Preisfrage,
nicht nur jetzt bei diesem Projekt,
sondern auch bei allen anderen,
denn der Zeitdruck, der ist wirklich enorm groß.

Zuerst einmal bei den Initianten,
weil sie eben ein seriöses Bauprojekt einreichen müssen,
weil ansonsten ohnehin keine Chancen hat,
dann sind aber auch die Behörden gefragt,
insbesondere im Kanton Graubünden.

Dort ist rund die Hälfte aller Alpin-Solaranlagen
momentan vorgesehen und das heißt auch für die Behörden,
sie müssen dann gleichzeitig fast 10 bis 20 Dossiers prüfen
und das zeichnet sich schon jetzt ab,
da ein personell eine große Herausforderung werden wird.
Dann kommen die ganzen normalen Fristen hinzu,
also für Einsprachen und so weiter
und dann gibt es natürlich auch die bautechnischen Herausforderungen.

Also wir sind in hochalpinem Gelände,
man ist Wind und Schnee ausgesetzt in unwüchsamem Gelände
und all das macht es nicht einfach.

Und was heißt das für die gesamtschwalzerische Strategie,
hinsichtlich der Hochalpin-Solaranlagen?

Also die Initianten sind mit Hochdruck unterwegs,
oftmals auch mit Unterstützung durch die lokale Bevölkerung,
insbesondere in kleineren Gemeinden.

Gleichzeitig polarisiert diese Solarexpressen auch,
wir haben es gesehen in School,
da hat nur eine knappe Mehrheit ja gesagt für eine große Solaranlage.

Im Kanton Wallis beispielsweise wurde ein beschleunigtes
Bewilligungsverfahren hingegen abgelehnt
und dann stellt sich auch noch eine grundsätzlich
ja eine Kosten-Nutzenfrage,

denn diese Anlagen werden teuer,
auch wenn sie im Winter sehr viel Strom liefern können.

Und trotzdem stellt sich halt die Frage,
ob es nicht andere günstigere Varianten gäbe.

Das war Wirtschaftsredaktor Matthias Heim,
gehört im heutigen Echo derzeit.

Redaktionsschluss ist um 20 vor 7.

Verantwortlich für die Sendung Lukas Schneider,
für die Nachrichten Roger Brandlin am Mikrophon Christina Schadecker.

Das war ein Podcast von SRF.

Copyright WDR 2021